



ZUMA PRESS / JSG / PICTURE-ALLIANCE

Weihnachtsgottesdienst in Jakarta: „Christen haben Mühe, ihren Glauben frei zu leben“

RELIGIONEN

Geduldeter Hass

Seit der Einfluss von Fundamentalisten in der islamischen Welt zunimmt, verschärft sich der Druck auf die christlichen Minderheiten. Die Evangelische Kirche in Deutschland hält Christen für die weltweit am häufigsten verfolgte Glaubensgemeinschaft.

Kevin Ang ist vorsichtig in diesen Tagen. Er schaut sich um, blickt nach links, die lange Ladenzeile entlang, dann nach rechts, hinüber zum Platz, kein Mensch ist zu sehen. Erst dann kramt der Kirchenverwalter seinen Schlüssel hervor, öffnet das Gitter und betritt die Metro Tabernacle Church in einem Vorort von Kuala Lumpur.

Der Luftzug wirbelt angekohlte Bibelseiten auf, die Wände sind voller Ruß, es riecht nach verschmortem Plastik. Die Metro Tabernacle Church war die erste von elf Kirchen, die brannte, angesteckt von wütenden Muslimen. Und das alles wegen eines Wortes. „Allah“, flüstert Kevin Ang.

Es geht um die Frage, ob Christen – wie Muslime – ihren Gott „Allah“ nennen dürfen, weil sie gar kein anderes Wort und keine andere Sprache dafür haben. Die Muslime dagegen beanspruchen Allah für sich, das Wort und den Gott, und sie fürchten, es könnte fromme Muslime vom rechten Glauben abbringen, wenn die Christen dasselbe Wort für ihren Gott benutzen. Drei Jahre lang gab es einen Bann, die Regierung ließ Bibeln beschlagnahmen, in denen von Allah die Rede war, bis am 31. Dezember des vergangenen Jahres der Oberste Gerichtshof

von Malaysia entschied: Auch der Christengott darf Allah heißen.

Imame protestierten, Molotowcocktails flogen auf Kirchen, und dann sagte Ministerpräsident Najib Razak auch noch, er könne Leute nicht aufhalten, die gegen bestimmte Entwicklungen im Land protestierten. Das verstanden einige als Aufforderung zur Gewalt. Erst brannten die Kirchen, dann rächte sich offenbar die andere Seite mit abgeschnittenen Schweineköpfen vor zwei Moscheen. 60 Prozent der Menschen in Malaysia sind Muslime, 9 Prozent Christen, die anderen Hindus, Buddhisten, Sikhs, bisher lebten sie ganz gut zusammen.

Es ist ein Streit um ein Wort und doch so viel mehr: Es geht um die Frage, welche Rechte der christlichen Minderheit im Land zustehen, vor allem aber geht es um Politik. Die regierende United Malays National Organisation verliert Anhänger an die islamistischen Hardliner – und die will sie sich nun zurückholen, mit religiöser Politik.

Das trifft auf fruchtbaren Boden, denn in einigen Bundesstaaten von Malaysia wird die Scharia, die islamische Rechts- und Lebensordnung, besonders streng ausgelegt. Das einst so liberale Land ist

auf dem Weg, die Religionsfreiheit aufzugeben. Und die Definition, was Ordnung ist, wird immer strikter. Bier, getrunken von einer Muslimin, wird mit sechs Rohrstockhieben bestraft. Ebenfalls verboten sind in einigen Regionen: greller Lippenstift, dickes Make-up, Schuhe mit klappernden hohen Absätzen.

Nicht nur in Malaysia, in vielen Ländern der islamischen Welt hat der Islam in den vergangenen zwei Jahrzehnten an Einfluss auf die Regierungspolitik gewonnen. Im Gaza-Streifen herrscht die Hamas, in Nigeria und auf den Philippinen kämpfen islamistische Milizen gegen den Staat. Somalia, Afghanistan, Pakistan und der Jemen sind in weiten Teilen in die Hände von Islamisten gefallen. Und wo sie noch nicht herrschen, versuchen säkulare Regierungsparteien, die Frommen am rechten Rand zu überholen.

Das ist in Ägypten zu beobachten, in Algerien, im Sudan, teilweise in Indonesien und eben in Malaysia. Auch wenn die Islamisierung meist mehr mit Politik zu tun hat als mit Religion, auch wenn sie nicht zwangsläufig zur Hetze gegen Christen führt, so gilt doch: Wo der Islam wichtiger wird, da werden vielfach die Freiräume für Andersgläubige kleiner.



DITA ALANGKARA / AP

Demonstration von Dschihad-Kämpfern in Jakarta: Aggression der Frommen

2,2 Milliarden Christen gibt es weltweit, 100 Millionen von ihnen, so hat das strenggläubige christliche Hilfswerk Open Doors errechnet, werden bedroht oder verfolgt. Sie dürfen keine Kirchen bauen, keine Bibeln kaufen und bekommen keine Jobs, das ist die harmlosere Form der Diskriminierung, sie trifft auf die Mehrheit dieser 100 Millionen Christen zu. Die brutale Variante ist, dass sie erpresst, ausgeraubt, vertrieben, entführt oder sogar ermordet werden.

Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischöfin Margot Käßmann, hält Christen für die „am häufigsten verfolgte Religionsgemeinschaft weltweit“. Aus diesem Grund haben die 22 Landeskirchen den kommenden Sonntag erstmals zum Gedenktag für verfolgte Christen ausgerufen. Käßmann will ein Zeichen der Solidarität mit jenen Glaubensbrüdern setzen, die „in Ländern

wie Indonesien oder Indien, im Irak oder in der Türkei ganz große Mühe haben, ihren Glauben frei zu leben“.

Natürlich gibt es auch Gegenbeispiele: den Libanon oder Syrien, wo Christen nicht benachteiligt werden, sondern in Politik und Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen. Und Christenverfolgung ist keineswegs nur eine Sache von korrupten Fanatikern: Auch in Laos, Vietnam, China und Eritrea werden Christen eingesperrt, misshandelt und ermordet.

Den von Open Doors erstellten „Weltverfolgungsindex“ führt seit Jahren Nordkorea an, wo Zehntausende Christen in Arbeitslagern einsitzen. Doch auf Nordkorea folgen Iran, Saudi-Arabien, Somalia, die Malediven, Afghanistan. Von den zehn Ländern an der Spitze des Index sind acht islamisch, in fast allen ist der Islam Staatsreligion.

Die systematische Christenverfolgung des 20. Jahrhunderts, durch Kommunisten in der Sowjetunion und in China, aber auch durch die Nationalsozialisten, kostete weitaus mehr Menschen das Leben als alles, was bisher im 21. Jahrhundert geschah. Doch nun sind es nicht mehr nur totalitäre Regime, die Christen verfolgen, sondern die Bewohner islamischer Staaten, fanatische Fundamentalisten und religiöse Sekten, oft auch einfach nur vorgeblich fromme Bürger.

Vorbei die Toleranz früherer Zeitalter, als die Christen als sogenannte Schriftbesitzer unter dem Schutz der Sultane ein hohes Maß an Religionsfreiheit genossen, während das mittelalterliche Europa seine Juden und Muslime vom Kontinent vertrieb oder sie sogar auf Scheiterhaufen verbrannte. Vorbei auch die Hochzeit des arabischen Säkularismus nach dem Zweiten Weltkrieg, als christliche Araber Karriere in der Politik machten.

Mit dem Erstarben des politischen Islam richtete sich die Aggression der Frommen nicht nur gegen heimische korrupte Regime, sondern immer mehr auch gegen die angeblich verderblichen Einflüsse aus dem Westen, die von den Christen ausgehen, und für die Islamisten die christliche Minderheit im eigenen Land verantwortlich machten. So ist ein neuer Trend entstanden – und diesmal sind die Christen die Opfer.

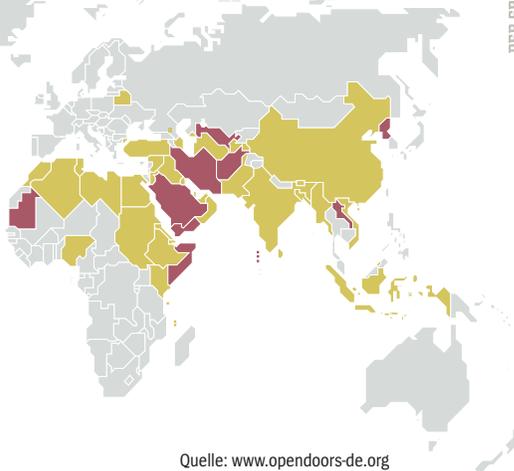
Im Irak etwa, wo sunnitische Terrorgruppen gezielt Jagd auf Andersgläubige machen. Bei der letzten Volkszählung 1987 lebten noch 1,4 Millionen Christen im Irak, zu Beginn der amerikanischen Invasion 2003 waren es 550 000, jetzt sind es knapp 400 000. Experten sprechen von einem „schleichenden Genozid“, und in

Gefährlicher Glaube

Die Organisation Open Doors stellt jährlich eine Rangliste jener 50 Länder zusammen, in denen Christen besonders verfolgt werden. Erfasst werden Berichte über Tötung und Folterung von Christen sowie Gefängnisstrafen, aber auch Repressionen wie Vertreibungen, Entzug der materiellen Grundlagen oder die Einschränkung von Ausbildungsmöglichkeiten.

■ Rangplätze 1 bis 10
Nordkorea, Iran, Saudi-Arabien, Somalia, Malediven, Afghanistan, Jemen, Mauretanien, Laos, Usbekistan

■ Rangplätze 11 bis 50



Quelle: www.opendoors-de.org

DER SPIEGEL

der Region von Mossul ist ihre Lage besonders dramatisch.

Hoch oben, in den Bergen über Mossul, liegt Kusch, und wenn Bassam Baschir dort aus dem Fenster seines Hauses blickt, kann er seine alte Heimatstadt sehen. Nur 40 Kilometer entfernt, aber unerreichbar. Mossul, die zweitgrößte Stadt des Irak, ist gefährlicher als Bagdad, gefährlich vor allem für Männer wie Bassam Baschir, 41, chaldäisch-katholischer Christ, Lehrer, Flüchtling in seinem eigenen Land.

Seit jenem Augusttag im Jahr 2008, an dem Milizen seinen Vater aus seinem Geschäft entführten, muss Baschir um sein Leben und das seiner Familie fürchten. Polizisten fanden den Leichnam seines Vaters zwei Tage später im Stadtviertel Sinaa am Tigrisufer, der Körper von Gewehrkugeln durchlöchert. Keiner hatte Lösegeld gefordert, er starb aus einem einfachen Grund: Er war Christ.

Und keiner hatte etwas gesehen. „Natürlich haben sie etwas gesehen“, sagt Ba-

die Nachbarländer geflohen, nach Jordanien und Syrien vor allem.

In vielen islamischen Ländern werden Christen weniger brutal verfolgt als im Irak, aber oft nicht weniger effektiv – und in vielen Fällen mit stiller Zustimmung der Politik. Da kann es sein, wie etwa in Algerien, dass Zeitungen berichten, ein Pfarrer missioniere Muslime oder beleidige den Propheten, dazu veröffentlichen sie seine Adresse – ein deutlicher Aufruf zur Selbstjustiz. Oder das Staatsfernsehen strahlt Sendungen aus mit Titeln wie „In den Klauen der Unwissenheit“, in denen Christen als Satanisten beschrieben werden, die Muslime mit Hilfe von Drogen bekehren. So geschehen in Usbekistan, Rang zehn im Weltverfolgungsindex.

Ein weiterer beliebter Vorwurf ist Blasphemie, die Beleidigung der Grundwerte des Islam, die in etlichen islamischen Ländern unter Strafe steht. Ein Vorwurf, der oft Oppositionelle trifft, Journalisten, Regimekritiker oder eben Christen. Zum

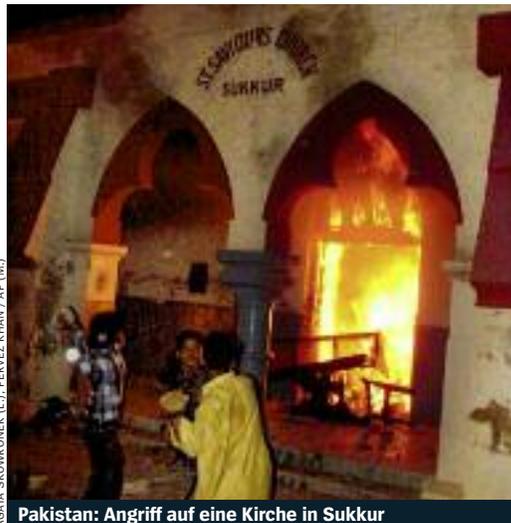
werden. Nicht so offen, nicht so brutal wie im Nachbarland Irak, aber mit ähnlichen Folgen: Die Christen in der Türkei, im 19. Jahrhundert noch weit über zwei Millionen Menschen, kämpfen um ihren Fortbestand.

Im Südosten beispielsweise, am Tur Abdin, den sie hier „Berg der Gottesknechte“ nennen. Ein hügeliger Landstrich voller Äcker, Kalksteinfelsen und jahrhundertealter christlicher Klöster, Heimat der syrisch-orthodoxen Assyrer oder Aramäer, wie sie sich selbst nennen, Angehörige eines der ältesten christlichen Völker der Welt. Der Legende nach sollen die drei Weisen den Glauben aus Betlehem hierhergebracht haben; bis heute sprechen die Menschen von Tur Abdin Aramäisch, die Sprache, die Jesus von Nazaret einst gebrauchte.

Die Welt kennt vor allem den Genozid osmanischer Truppen an den Armeniern 1915/16, doch auch die Assyrer wurden im Schatten des Ersten Weltkriegs zu



Türkei: Aramäische Messe im Kloster Zafaran



Pakistan: Angriff auf eine Kirche in Sukkur



Irak: Chaldäische Katholiken in Kusch

schir. „Aber in Mossul sind die Menschen verrückt vor Angst.“

Eine Woche später schnitten Milizionäre Tarik, dem Bruder, die Kehle durch wie einem Opferlamm. „Ich habe meinen Bruder selbst begraben“, erzählt Baschir. Mit seiner Frau Nafa und den zwei Töchtern flüchtete er noch am selben Tag nach Kusch, in die Stadt mit den Weinbergen, deren Eingang eine bewaffnete christliche Miliz sichert.

Sie waren nicht die Einzigen, die nach Kusch kamen, denn die Mordserie ging weiter, 16 Christen wurden in den Wochen danach getötet, Bomben explodierten vor Kirchen, aus vorbeifahrenden Autos riefen sie den Christen zu, sie hätten die Wahl: Mossul zu verlassen oder sich zum Islam zu bekennen. Nur 50 der über 1500 christlichen Familien sind geblieben. Bassam Baschir sagt, er werde erst wieder zurückkehren, wenn er in Ruhe um seinen Vater und seinen Bruder trauern kann. Die, die nicht mehr hoffen, sind in

Beispiel Imran Masih, Ladenbesitzer aus Faisalabad, Pakistan, der am 11. Januar zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, nach Abschnitt 295 A und B des pakistanischen Strafgesetzbuchs, Erregung religiösen Unmuts durch Koranentweihung. Er soll einige Seiten des Koran verbrannt haben, behauptet sein muslimischer Ladenaachbar. Masih sagt, es seien alte Geschäftsunterlagen gewesen.

Es ist ein typischer Fall in Pakistan, das Blasphemiegesetz lädt geradezu zum Missbrauch ein, weil jeder sich damit seiner Feinde entledigen kann. 125 Christen wurden im vergangenen Jahr in Pakistan wegen Blasphemie angeklagt, Dutzende, die bereits verurteilt sind, sitzen in Todeszellen.

Staatlich tolerierte Verfolgung gibt es sogar in der Türkei, dem säkularsten und modernsten Land in der islamischen Welt, in dem die rund 110 000 Christen weniger als ein viertel Prozent der Bevölkerung ausmachen – und trotzdem benachteiligt

Zehntausenden ermordet. Eine halbe Million Assyrer sollen Anfang des 20. Jahrhunderts noch auf dem Berg der Gottesknechte gelebt haben, heute sind es nur knapp 3000. Vor einem Jahr drohte ein türkisches Bezirksgericht dem geistigen Zentrum der Assyrer, dem 1600 Jahre alten Kloster Mor Gabriel, mit Enteignung, weil sich die Mönche widerrechtlich Land angeeignet haben sollen. Drei muslimische Nachbardörfer hatten geklagt, sie fühlten sich benachteiligt von dem Kloster, hinter dessen Mauern 4 Mönche, 14 Nonnen und 40 Schüler lebten.

„Auch wenn sie es nicht wahrhaben will, aber die Türkei hat ein Problem mit Andersgläubigen“, sagt Ishok Demir, ein junger Schweizer mit aramäischen Wurzeln, der mit seinen Eltern nahe Mor Gabriel lebt. „Wir fühlen uns hier nicht sicher.“

Das liegt vor allem daran, dass Armenier, Assyrer, Griechen, Katholiken und Protestanten in den Verschwörungstheo-

rien nationalistischer Türken einen festen Platz haben: als Verräter, Ungläubige, Spione und Beleidiger des Türkentums. Laut einer Umfrage des amerikanischen Pew Research Center ist das Christentum für 46 Prozent aller Türken eine gewalttätige Religion. In einer jüngeren türkischen Studie lehnen 42 Prozent der Befragten Christen als Nachbarn ab.

Kein Wunder, dass immer wieder Christen ermordet werden, wie 2006, als in Trabzon am Schwarzen Meer ein katholischer Priester erschossen wurde. Oder wie 2007 im osttürkischen Malatya, wo drei christliche Missionare ermordet wurden. Die Täter: radikale Nationalisten, deren Ideologie eine Mischung ist aus übersteigertem Patriotismus, Rassismus und Islam.

Noch mehr bedroht als traditionelle Christen sind jedoch Muslime, die zum Christentum konvertieren. Apostasie, der Abfall vom Islam, kann nach islamischem Recht mit dem Tod bestraft werden – und

Menschen zur koptischen Kirche. Sie werden aus hohen Regierungsämtern, aus diplomatischem Dienst und Militär ferngehalten; von vielen staatlichen Leistungen sind sie ausgeschlossen, in Hochschulen gibt es Quoten für koptische Studenten, die deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil liegen.

Neue Kirchen dürfen nicht gebaut werden, alte verfallen, mangels Geld und Erlaubnis zur Renovierung. Mädchen werden entführt und zwangskonvertiert, ohne dass die Polizei eingreift. Und unter dem Vorwand, die Schweinegrippe einzudämmen, wurden Tausende Schweine abgeschlachtet, natürlich allesamt im Besitz von Christen.

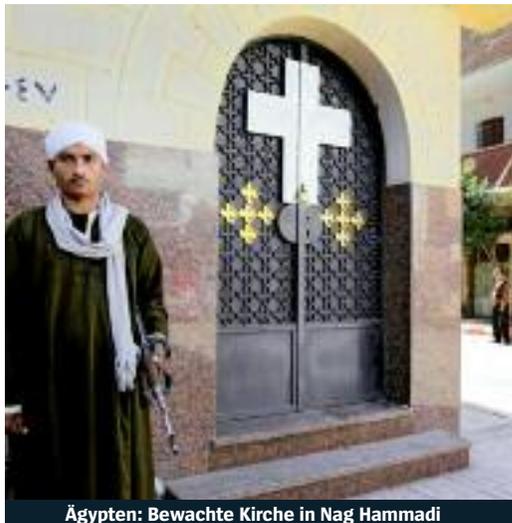
So war es durchaus vorhersehbar, dass der Parlamentssprecher nach dem Mord an sechs Kopten in Nag Hammadi, einer Kleinstadt 80 Kilometer nördlich vom Tal der Könige, ausgerechnet am Abend des koptischen Weihnachtsfests, von einem „individuellen Verbrechen“

dass ihnen die schlimmsten religiösen Ausschreitungen seit Jahren folgten. Christliche Läden und muslimische Häuser wurden in Brand gesteckt, 28 Christen und 14 Muslime verhaftet.

Inzwischen ist Nag Hammadi abgesperrt, bewaffnete Sicherheitskräfte in schwarzen Uniformen bewachen die Einfahrtstraßen. Sie sorgen dafür, dass die Einwohner die Stadt nicht verlassen und Journalisten sie nicht betreten.

Drei Männer wurden als mutmaßliche Mörder verdächtigt und inzwischen festgenommen, alles bekannte Kriminelle und Vorbestrafte, einer gab die Taten zu, widerrief sein Geständnis aber und sagte, er sei vom Geheimdienst dazu gezwungen worden. Es scheint, als wolle die Regierung die Affäre möglichst schnell vom Tisch haben. Vermutlich kommen die angeblichen Täter irgendwann frei, sobald sich die Aufregung gelegt hat.

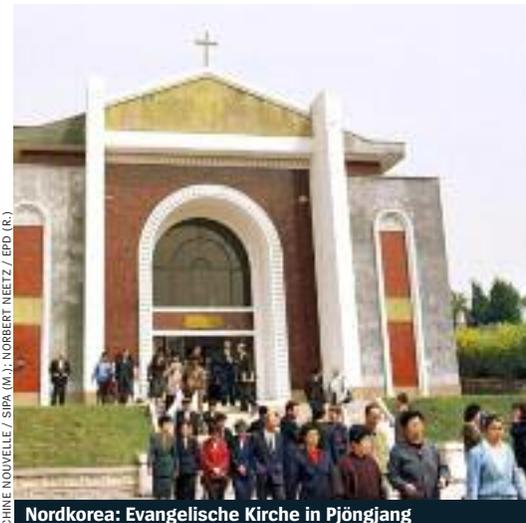
Doch es gibt auch erste kleine Anzeichen dafür, dass sich die Lage der be-



Ägypten: Bewachte Kirche in Nag Hammadi



Palästina: Orthodoxe Christen in Gaza-Stadt



Nordkorea: Evangelische Kirche in Pjöngjang

in Iran und im Jemen, in Afghanistan, in Somalia, Mauretanien, Pakistan, Katar und Saudi-Arabien gilt dafür noch immer die Todesstrafe.

Selbst im säkularen Ägypten erregen Konvertiten den Zorn der Staatsmacht. So verteidigte der Religionsminister die in Ägypten nicht existierende Todesstrafe für Konvertiten – weil der Abfall vom Islam einem Hochverrat gleichkomme. Solche Bekenntnisse sind es, die dafür sorgen, dass Mohammed Hegasi, 27, übergetreten zur christlichen Gemeinschaft der Kopten, seit über zwei Jahren untergetaucht ist. Er war der erste Konvertit in Ägypten, der sich seinen Glaubenswechsel offiziell in seinem Personalausweis eintragen lassen wollte – und der an die Öffentlichkeit ging, als es ihm verweigert wurde. Woraufhin zahlreiche Kleriker seinen Tod forderten.

Die Kopten sind die größte christliche Gemeinschaft in der arabischen Welt, in Ägypten gehören etwa acht Millionen

sprach. Und als er obendrein erwähnte, die Täter hätten die Vergewaltigung eines muslimischen Mädchens durch einen Kopten rächen wollen, klang das fast schon nach einer Entschuldigung. Verbrechen ja, aber religiöse Spannungen? Nicht in Ägypten. Wann immer es Ausschreitungen zwischen Religionsgruppen gibt, findet die Regierung dafür höchst weltliche Gründe: Streit um Land, Rache für ein Verbrechen, persönlicher Zwist.

Nag Hammadi, 30 000 Einwohner, eine staubige Handelsstadt am Nil, war auch schon vor den Morden ein Ort, an dem Christen und Muslime einander misstrauten. Zwar arbeitete man gemeinsam, man wohnte nebeneinander, aber man lebte, heiratete und starb getrennt. Der Aberglaube ist verbreitet, die Muslime etwa fürchten, vom christlichen Virus ergriffen zu werden, wenn sie mit einem Kopten zusammen essen. Es ist daher kein Wunder, dass die Morde ausgerechnet in Nag Hammadi stattfanden, und auch nicht,

drängten Christen in islamischen Ländern künftig wieder bessern könnte – in dem Maße, in dem Nationalismus und die Radikalisierung des politischen Islam wieder abklungen.

Es gehört zu den Widersprüchen in der islamischen Welt, dass sich ausgerechnet dort eine Chance für Christen auftut, wo ein Protagonist selber aus dem Lager des politischen Islam stammt. In der Türkei ist es der ehemalige Islamist, Recep Tayyip Erdogan, heute Ministerpräsident seines Landes, der den wenigen verbliebenen türkischen Christen mehr Rechte versprochen hat. Er verweist auf die Geschichte des Osmanischen Reiches, in der Christen und Juden lange Zeit eine Kopfsteuer zu entrichten hatten. Dafür genossen sie Religionsfreiheit und waren geachtete Bürger. Ein Zurück in diese Vergangenheit wäre ein Fortschritt für die Türkei.

JULIANE VON MITTELSTAEDT,
CHRISTOPH SCHULT, DANIEL STEINVORTH,
THILO THIELKE, VOLKHARD WINDFUHR